

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Kant.-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Verlagsanstalten, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm  
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Bietnig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Dichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. H. P. & Co. in Dresden (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 61

Donnerstag, den 13 März 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Freitag, den 14. März 1930, vormittags 11 Uhr,

sollen in Oberlichtenau, Sammelort der Bieter: Gasthof zu den Linden

1 kompl. Radioanlage, 1 Damenrad, 1 Büfett, ca. 7 m Anzug-  
kost, Turnhosen, Strickjacken, Handschuhe u. a. m.

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 13. März 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Ankündigungen aller Art

in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar  
bestem Erfolg.

## Der Youngplan in dritter Lesung endgültig angenommen

Mit 266 gegen 193 Stimmen — Ganz knappe Mehrheit für das Polenabkommen

Aussetzung der Verkündung der Gesetze — Polenabkommen vom Reichspräsidenten nicht unterzeichnet  
Die Berliner Blätter zur Annahme des Youngplanes — Eugenbergs Erklärung: „Ein schwarzer Tag!“ — Unruhen in Indien

Die Väter der neuen Finanzgesetze.



Deutscher Reichstag.

140. Sitzung, Mittwoch, den 12. März.

Der Reichstag begann am Mittwoch mittag die dritte  
Beratung des Young-Planes und der damit ver-  
bundenen Gesetze. Am Regierungstisch hatte der Reichskanz-  
ler mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts Platz genom-  
men. — Sämtliche Oppositionsparteien hatten im Reichstag  
einen Antrag eingebracht, wonach die Verkündung der Young-  
Gesetze um zwei Monate ausgesetzt werden soll. — Die Kom-  
munisten hatten außerdem einen Misstrauensantrag gegen  
Reichskanzler Müller eingebracht.

Zu Beginn der Aussprache nahm sofort

Reichskanzler Müller

das Wort. Er erklärte, die Regierung habe in keinem Stadium  
der Verhandlungen ein Fehl daraus gemacht, daß Sachverständi-  
genplan und die damit verbundenen Abkommen auch noch ihrer  
Überzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands  
weit zurückblieben. Die Kritik an dem Plan sei in manchen  
Punkten leider berechtigt. Reichskanzler Müller meinte, die Re-  
gierung sei der Überzeugung, daß sie in der Neuregelung einen  
Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblicke.  
Dann befaßte er sich mit den

Zusatzleistungen, die im Sachverständigenplan nicht vor-  
gesehen waren.

mit den 400 Millionen aus der Uebergangszeit, mit dem Gegen-  
wert für das verlorengegangene Staatseigentum in Polen und  
den Liquidationsüberschüssen. In allen drei Fällen, so sagte er,  
kamen Mehrleistungen über die Annahmen der Sachverständigen  
hinaus nicht in Frage. Bei den Beträgen aus der Uebergangs-  
zeit hätten die gegnerischen Sachverständigen das Recht Deutsch-  
lands auf die Ueberschüsse bestritten. Zur Anrechnung des  
Staatseigentums hätten die Sachverständigen erklärt, daß sie  
gegenstandslos werden sollten. Dadurch sei Deutschland jede  
Möglichkeit genommen worden, an Polen noch  
irgendwelche Forderungen zu stellen. Ebenfalls  
habe uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grund-  
lage gegeben, um die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse  
an Deutschland zu verlangen. Beim

Abkommen mit Polen

sei es der Regierung wenigstens gelungen, die Frage aus dem  
Young-Plan herauszunehmen und in ein Sonderabkommen ein-  
zuführen, das uns auf nationalpolitischem Gebiet Gegenleistungen  
gewähre. Die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse habe  
Deutschland, namentlich England gegenüber, mit äußerstem Nach-  
druck vertreten. Es sei tief zu bedauern, daß wir damit keinen

Als Hauptbearbeiter der neuen  
Finanzgesetze, die in den letzten  
Wochen im Mittelpunkt der  
Beratungen des Kabinetts und  
der Parteiführer standen, gel-  
ten die folgenden Ministerial-  
direktoren des Reichsfinanz-  
ministeriums. Von links nach  
rechts: Ministerialdirektor Dr.  
Zarden, der Referent für  
die Besteuerungen, Ministerial-  
direktor Graf Schwerin  
von Krosigk, der General-  
referent für den Etat, und  
Ministerialdirektor Ernst, der  
für die Verbrauchsteuern zu-  
ständig ist.

Erfolg gehabt hätten. Die Zahlungen auf die belgischen  
Markforderungen seien keine Zusatzleistungen.

Dann fuhr der Kanzler wörtlich fort:

„Von der Opposition ist immer wieder die Frage  
aufgeworfen worden, ob und für wie lange die  
Reichsregierung den Young-Plan für durchführbar  
hält. Weder die Reichsregierung noch irgendein  
Sachverständiger, noch überhaupt irgendein Mensch in  
der Welt kann meiner Ansicht nach heute mit ehrlicher  
Ueberzeugung über die Auswirkungen des Young-  
Planes Sicheres prophezeien.“

Bei diesen Worten setzte ein ungeheurer Lärm auf der rechten  
Seite des Hauses ein. Immer wieder wurden Rufe laut: „Das  
wollen Sie doch unterschreiben!“ Der Abgeordnete Goebels  
(Natzsch), der dem Kanzler „Phantasien“ vorwarf, wurde vom  
Präsidenten über die Ordnung gerufen.

Der Kanzler fuhr fort: „Wir können nur feststellen, daß  
Deutschland den neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn  
durchzuführen, annimmt. Die Reichsregierung glaubt sich um so  
mehr in der Lage, für die Unterzeichnung dieses Vertragswerkes  
einzustehen, als in ihm selbst die Entwicklungsmöglichkeiten ent-  
halten sind, die im Interesse der Erhaltung des deutschen Wirt-  
schaftslebens eingeschaltet werden müssen. — Mit der Verabschie-  
dung der Young-Gesetze, so meinte der Kanzler weiter, werde ein  
neuer Abschnitt erreicht. Soweit es durch Verträge überhaupt ge-  
schehen könne, sei Deutschland in Zukunft vor Ereignissen, wie es  
sie in der Vergangenheit auf Grund einseitiger Entscheidungen  
über sich ergehen lassen mußte, geschützt. Er kam dabei auf

die Sanktionsfrage

zu sprechen und äußerte sich, Deutschland habe nichts anderes ver-  
suchen können, als solche Möglichkeit auf den wirklich äußersten  
Fall zurückzuführen. Der äußerste Fall trete nur dann ein,  
wenn Deutschland den Plan absichtlich zerreiße. Die deutschen  
Bevollmächtigten in Haag hätten die Erwähnung des äußersten  
Falles mit Recht bedauert. Als zweites großes Ziel stehe neben  
der neuen Reparationslösung die Räumung der besetzten  
Gebiete. Leider hätten die Saarverhandlungen noch  
zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Unter Widerspruch der  
Opposition sprach der Kanzler die Hoffnung aus, daß der Regie-  
rung die Befreiung des Saargebietes bald gelingen werde.

Der Reichskanzler kam dann auf

das Finanzreformprogramm der Regierung

zu sprechen. Er meinte, erst die jegige Rückkehr zu stabilen und  
festen Verhältnissen mache den Weg zu einer auf lange Sicht ab-  
gestellten finanz-, staats- und wirtschaftspolitischen Reform frei.  
Die Verwirklichung sei hinausgeschoben worden, aber die Reichs-  
regierung erkläre erneut, daß Deutschlands Wirtschaft dringend

der Entlastung bedürfe, die zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt  
durchgeführt werden müsse. Dann folgten Ausführungen allge-  
meiner Art über die Sanierung der Finanz- und Kassenlage des  
Reiches, der Länder und Gemeinden, über die künftige Finanz-  
politik, über die deutsche Sozialpolitik und über die Notwendigkeit  
der Landwirtschaft.

Wirksame Maßnahmen gegen die Landwirtschaftsnot  
seien in Vorbereitung und würden rasch durchgeführt werden.  
Wenn die volle Ausschöpfung der inländischen Landwirtschafts-  
erzeugnisse und die Beschränkung der Einfuhr auf den notwen-  
digen Bedarf gelingen solle, bedürfe es der Mitarbeit der ge-  
samten Bevölkerung.

Scharf werde man allen Bestrebungen entgegenzutreten, die  
politische Unruhen in Deutschland hervorrufen wollten.  
Die Furcht vor solchen Unruhen trage dazu bei, die Kapitalflucht  
zu fördern. Eine Gefährdung der deutschen Währung sei ausge-  
schlossen.

Abg. Dautz (D. Vp.) gab für das Zentrum, die Sozial-  
demokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den  
Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland  
eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Ab-  
kommen nur zustimmen, weil sonst England den neuen Plan viel-  
leicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die  
Beschränkung der Freigabe des liquidierten Eigentums und nament-  
lich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung aus-  
gesprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine  
andere Auffassung durchsetzen werde. — Der Abgeordnete  
Wallraf (D. N. D. V.) richtete an die Regierung die dringende  
Bitte, die Saarfrage nicht ruhen zu lassen. Die Lage der Deutschen  
im Osten sei erschütternd. Man spreche so viel von deutschem  
Aufstieg, die Erkenntnis der wahren Verhältnisse in Deutschland  
würde aber geringer als der Wunsch, Deutschland als zahlungs-  
fähigen Schuldner zu haben. In dem Konversationslexikon des  
deutschen Außenministers ständen die Worte: „Ich lehne ab“ an  
erster Stelle, wenn er sich mit der deutschen Opposition ausein-  
andersehe. Wenn er diese Worte den Polen gegenüber häufiger  
angewendet hätte, stände es besser um die deutschen Interessen im  
Osten. Der deutschen Regierung müsse man den Rat geben, nicht  
wieder Verträge in Zeitläuften abzuschließen, wo ihr das Messer  
an der Kehle sitze. Wenn die Annahme des Young-Planes eine  
kurze Blüte der deutschen Wirtschaft erzeuge, so werde sie auf  
Kosten einer Belastung für mehrere Generationen erkauft. Der  
Reichspräsident habe die Annahme mit einer erheblichen Mehr-  
heit gewünscht. Die deutschnationale Fraktion warde den Antrag  
stellen, die Verkündung der Gesetze auszusetzen. Die Deut-  
sch-nationalen wollen in aller Ehrerbietung dem Reichspräsidenten  
Gelegenheit geben, zu prüfen, ob er unter diese Dokumente seinen  
weltgeschichtlichen Namen setzen wolle. — Dr. Brüning (Z.)  
legte noch einmal die Gründe dar, die die Zentrumspartei ver-  
anlaßt haben, für die Young-Gesetze zu stimmen. Er wies auf  
die Freude in der dritten Zone des besetzten Gebietes hin, hob  
aber hervor, daß es keine ungemischte Freude sei, weil tatsächlich  
die staatsrechtliche Gleichstellung des Rheinlandes mit dem übrigen  
Deutschland nicht erreicht sei. Die juristischen Formulierungen  
des Young-Planes hätten das Zentrum nicht veranlassen können,  
dem Plan leichten Herzens zuzustimmen. Die Haltung sei vor  
allem durch wirtschaftliche Erwägungen beeinflusst worden.

Dr. Brüning verlas anschließend einen

Antrag der Regierungsparteien,

in dem es heißt: „Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichs-  
kanzlers, vor allem die Feststellung, daß die beteiligten Regie-  
rungen alle Streitfragen aus dem neuen Plan der Schieds-  
gerichtsbarkeit unterstellen, daß ferner nur die fünf Gläubiger-  
regierungen die Berechtigung haben, in dem sogenannten außer-  
sten Fall gegen Deutschland vorzugehen, daß sie sich ferner ver-  
pflichtet haben, vorher den Ständigen Internationalen Gerichts-  
hof im Haag anzurufen. Der Antrag beschäftigt sich dann ferner  
mit der weiteren Erklärung des Kanzlers, daß der bestehende  
Sonderausschuß auf deutsche Anregung hin bei einer Gefährdung  
der Währung oder des Wirtschaftslebens eine gründliche Prüfung  
der Lage Deutschlands vornehmen muß. Zum Schluß kommt der  
Antrag auf das Transferproblem. Die Erklärung der  
Regierung sei dahin auszulegen, daß bei einer Transferhäufung